



LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen II/60/600/Ma

Wolfenbüttel, den 08.05.2021

Protokoll

über die 21. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung

Sitzungstermin:	Montag, 03.05.2021
Sitzungsbeginn:	18:02 Uhr
Sitzungsende:	20:12 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Löhr, Norbert

stellvertretende(r) Ausschussvorsitzende(r)

Bosse, Marcus

Ordentliche Mitglieder

Barnstorf-Brandes, Jürgen

Dr. Füchtjohann, Heinrich

Ganzauer, Oliver

Glier, Andreas

Koch, Manfred

Nagel, Hilmar

Polzin, Bruno

Stoppok, Arnfred

von Veltheim, Alexander

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Fach, Thomas

Beratende Mitglieder

Brandt, Volker

Dalchow, Olaf

Grenz, Stephan

Kloke, Paul

Neumann, Erica

ADFC

Landrätin

Steinbrügge, Christiana

Von der Verwaltung

Volkers, Sven
Eß, Kristina
Staab, Bodo

Dezernent II
Amtsleiterin Amt für Umwelt
Referatsleitung Referat für
Nachhaltigkeit und
Klimaschutz/Leitung der
Stiftungsverwaltung Stiftung
Zukunftsfonds Asse
Referat 01 – Steuerung,
Kreisentwicklung und
Kommunikation
Protokollführerin

Wilhelm, Andree

Maier, Susanne

Es fehlen:

Grabenhorst-Quidde, Sarah
Schwetje, Gerhard
Weber-Schönian, Ina

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung vom 23.11.2020 (§§ 23, 5d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 5e GO)
 - 5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)
6. Streuobstwiesenprojekt; hier: Bericht von Herrn Dalchow
7. Förderprogramm zum Klimaschutz; hier: Bericht von Herrn Staab
8. Zuwendungen für kommunale Hochwasserschutzmaßnahmen im Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVIII-0699/2021
9. Rückholung des Atommülls aus der Schachanlage Asse II; hier: Bericht der Verwaltung
10. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)
11. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18, 5i GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Um 18:02 Uhr eröffnet Vorsitzender Löhr die 21. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung des XVIII. gewählten Kreistages und begrüßt die Anwesenden.

Da die Sitzung erstmals in hybrider Form stattfindet, gibt Vorsitzender Löhr einige einführende Hinweise.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)

Vorsitzender Löhr stellt fest, dass die Einladung den Ausschussmitgliedern ordnungsgemäß zugegangen und der Ausschuss beschlussfähig ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)

Vorsitzender Löhr fragt, ob Änderungen/Ergänzungen zur Tagesordnung beantragt werden.

Da keine Änderungen oder Ergänzungen beantragt werden, schließt Vorsitzender Löhr den Tagesordnungspunkt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung vom 23.11.2020 (§§ 23, 5d GO)

Vorsitzender Löhr ruft den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung auf.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung einstimmig nachstehenden

Beschluss

Die Niederschrift der 20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 5e GO)

TOP 5.1 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18 GO)

Vorsitzender Löhr ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet um Wortmeldungen.

Da keine Fragen gestellt werden, schließt Vorsitzender Löhr den Tagesordnungspunkt.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt und bittet um Wortmeldungen.

KrAbg. Nagel fragt in Bezug auf die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Gebiete) und die Natura 2000 – Gebiete, wann die Managementpläne vorliegen würden. Zudem möchte er wissen, ob in den Managementplänen die Bewirtschaftungspläne der Niedersächsischen Landesforsten enthalten seien.

Dezernent Volkers beantwortet diese Frage kurz und sagt zu, dass eine mit der Unteren Naturschutzbehörde noch abschließend zu klärende Beantwortung mit dem Protokoll erfolgen werde.

Antwort der Verwaltung:

Frage 1: Wann liegen die Managementpläne vor?

Die Pläne liegen bis Ende des Jahres 2021 vor.

Frage 2: Sind in den Managementplänen die Bewirtschaftungspläne der Niedersächsischen Landesforsten enthalten?

Nein, die Bewirtschaftungspläne der Landesforsten sind nicht in den Managementplänen enthalten, sondern stellen separate Planwerke dar, die im Einvernehmen mit der Unteren Naturschutzbehörde aufgestellt werden.

Weiterhin möchte KAbg. Nagel bezüglich des neuen Programms der Bundesregierung und der Landesregierung Niedersachsen (Sonderförderprogramm „Stadt und Land“), mit dem den Kommunen 65 Mio. Euro zur Stärkung des Radverkehrs zur Verfügung gestellt werden würden, wissen, ob die Planungen im Landkreis Wolfenbüttel schon so weit fortgeschritten seien, dass auf die Mittel zurückgegriffen werden könne, vor allem vor dem Hintergrund, dass die Abrechnung bis Ende 2023 erfolgen müsse.

Dezernent Volkers erläutert, dass er mit der Fertigstellung der entsprechenden Richtlinie im Sommer 2021 rechne. Derzeit arbeite der Tiefbaubetrieb Landkreis Wolfenbüttel (TLW) an 2 Projekten, für die geplant sei, Fördergelder abzurufen. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass laut seines Kenntnisstandes die Förderung nach dem „Windhund-Prinzip“ erfolgen solle.

KAbg. Bosse fragt in diesem Zusammenhang nach, wer antragsberechtigt sei, die Fördergelder abzurufen und gibt den Hinweis, dass dieses Thema auch in der Runde der Hauptverwaltungsbeamten angesprochen werden sollte. Es handele sich beim Radverkehr um ein Thema, das immer weiter an Bedeutung gewinne.

Dezernent Volkers antwortet, dass sein Kenntnisstand sei, dass die Beantragung durch Landkreise und Kommunen erfolgen könne. Er schlägt vor, dass Herr Ruhe im nächsten Betriebsausschuss der Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel noch weitere Informationen zu dem Thema geben könnte. Dieser Vorschlag wird von den Ausschussmitgliedern begrüßt.

Da keine weiteren Anfragen bestehen, schließt Vorsitzender Löhr den Tagesordnungspunkt.

TOP 6 Streuobstwiesenprojekt; hier: Bericht von Herrn Dalchow

Vorsitzender Löhr ruft den Tagesordnungspunkt auf und übergibt das Wort an Herrn Dalchow.

Herr Dalchow stellt das Streuobstwiesenprojekt Wolfenbüttel anhand einer Präsentation vor.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Präsentation ist als **Anlage 1** beigelegt.

Vorsitzender Löhr bedankt sich bei Herrn Dalchow, insbesondere auch für sein großes Engagement in dem Bereich, und eröffnet die Aussprache.

Herr Brandt möchte wissen, nach welchen Kriterien die Apfelsorten ausgewählt werden würden und ob man auf öffentlichem Grund selbst Äpfel ernten dürfe.

Herr Dalchow führt aus, dass über die Sortenauswahl der Eigentümer entscheide. Üblicherweise wären dies Apfel- aber auch Birnensorten. Auf öffentlichem Grund spreche nichts dagegen, einen einzelnen Apfel zu pflücken, jedoch sei es nicht gestattet, größere Mengen zu entnehmen.

KAbg. Bosse erkundigt sich danach, ob es einen Ausgleich für die Eigentümer z. B. in Form eines Anteils am Ertrag aus dem Apfelsaftverkauf gebe und wenn ja, wonach sich dessen Höhe richte.

Herr Dalchow antwortet, dass der Ertrag grundsätzlich dem Eigentümer gehöre, der unter anderem dazu diene, die Wiesen weiter zu bewirtschaften. Ein Weg, dies unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu realisieren, stelle die Aufpreisvermarktung dar. Im Rahmen dieses Konzepts werde der gepresste Saft zu einem erhöhten Marktpreis veräußert.

KAbg. Ganzauer führt aus, dass seiner Ansicht nach eine Streuobstwiese im Hinblick auf Artenvielfalt auch andere Obstsorten außer Äpfel und Birnen beinhalten sollte und möchte wissen, ob die Fokussierung auf Äpfel und Birnen wirtschaftliche Gründe habe. Darüber hinaus bittet er um Auskunft darüber, in welchem Umfang auch andere Obstsorten auf den Streuobstwiesen vorhanden seien. In diesem Zusammenhang merkt auch KAbg. Stoppok an, dass er sich wundere, dass Beerensträucher anscheinend keine große Rolle bei der Sortenauswahl spielen würden.

Herr Dalchow erläutert, dass man bei Äpfeln und auch bei Birnen am schnellsten viel Saft erhalte. Daher würden diese beiden Obstsorten den Hauptanteil der Streuobstwiesen darstellen. Das Ernten und Verarbeiten z. B. von Kirschen und Pflaumen sei im Vergleich schwieriger. Zu der Sortenvielfalt auf den Wiesen gehörten außer Äpfel und Birnen auch diverse andere Obstsorten und z. B. auch Walnussbäume und Haselnusssträucher. Die Sortenauswahl treffe derjenige, der die Wiese bewirtschaftete. Das Thema der Sortenvielfalt werde bundesweit kontrovers diskutiert, da zum einen eine gewisse Wirtschaftlichkeit gegeben sein müsse, aber auch naturschutzrechtliche Belange zu berücksichtigen seien.

Landrätin Steinbrügge schließt sich dem bereits von den Vorrednern ausgesprochenen Dank an Herrn Dalchow an und wirbt dafür, das Projekt noch bekannter zu machen, da dies derzeit noch zu wenig sichtbar sei.

Auf ihre Nachfrage, wie viele Schäfer es im Landkreis Wolfenbüttel gebe, antwortet Herr Dalchow, dass es derzeit 10 Schäfer gebe, bis auf Herrn Dohlenburg aus Denkte meist nur Kleinbetriebe.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, schließt Vorsitzender Löhr den Tagesordnungspunkt.

TOP 7 Förderprogramm zum Klimaschutz; hier: Bericht von Herrn Staab

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Herrn Staab.

Herr Staab stellt sich den Ausschussmitgliedern zunächst kurz vor und informiert sie über seine neue Funktion beim Landkreis Wolfenbüttel.

Im Anschluss stellt er die neue Klimaschutz-Förderung des Landkreises Wolfenbüttel anhand einer Präsentation vor.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Präsentation ist als **Anlage 2** beigefügt.

Vorsitzender Löhr bedankt sich bei Herrn Staab und eröffnet die Aussprache.

KAbg. Ganzauer möchte bezüglich möglicher Schimmelbildung bei erfolgter Gebäudesanierung wissen, inwieweit sichergestellt werden könne, dass so etwas nicht passiere und inwieweit zukünftig eine entsprechende Beratung stattfinde.

Herr Staab erläutert, dass es bei einer Gebäudedämmung wichtig sei, womit gedämmt werde und wie atmungsaktiv die Fassade bleibe. Allerdings müsse auch das Lüftungsverhalten angepasst werden, da die gedämmte Fassade in jedem Fall dichter sei als vor der Dämmung. In diesem Zusammenhang informiert er, dass bei Förderungen zu Arbeiten an der Gebäudehülle eine Energieberatung verpflichtend sei und so eine entsprechende Beratung erfolgen könne.

KAbg. Barnstorf-Brandes merkt an, dass seines Wissens die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) die förderfähige Dämmstärke bei einer Dachsanierung nicht, wie durch den Landkreis jetzt geschehen, herabgesetzt habe, sodass man, sollte man auch eine Förderung der KfW und/oder dem BAFA in Anspruch nehmen wollen, die stärkere Dämmung einbauen müsse.

Herr Staab führt aus, dass laut Gebäudeenergiegesetz ein U-Wert (Wärmeoeffizient eines Bauteiles) von 0,24 vorgeschrieben sei. Der U-Wert diene als Maßeinheit, um den Wärmeverlust eines Bauteiles anzugeben. Die KfW habe einen sehr hohen Wert angesetzt (0,14), und auch der vom BAFA angesetzte Wert (0,2) liege noch über dem vom Landkreis Wolfenbüttel festgesetzten Wert von 0,22. Der Landkreis Wolfenbüttel sei mit seinem Förderprogramm bestrebt, die Hürde für eine Förderung möglichst gering zu halten – auch wenn dann keine Kombination mit Fördermitteln des Bundes erfolgen könne.

Auf eine abschließende Nachfrage vom Vorsitzenden Löhr, ob diese Klimaschutz-Förderung etwas mit dem Programm „cle[WF]er modernisieren“ zu tun habe, antwortet Landrätin Steinbrügge, dass es sich hier um das Folgeprogramm handele. Herr Staab ergänzt, dass das bestehende Logo derzeit überarbeitet werde.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, schließt Vorsitzender Löhr den Tagesordnungspunkt.

TOP 8 Zuwendungen für kommunale Hochwasserschutzmaßnahmen im Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVIII-0699/2021

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Dezernent Volkers.

Dezernent Volkers stellt die Vorlage vor.

Vorsitzender Löhr bedankt sich bei Dezernent Volkers und eröffnet die Aussprache.

KAbg. Bosse merkt an, dass er es als schwierig erachte, eine Gerechtigkeit bei der Förderung zu erreichen. Die sachgerechte Verteilung müsse das Ziel sein. Hierbei könnten neben den für den von der Verwaltung vorgeschlagenen Verteilungsschlüssel herangezogenen Kriterien viele weitere Aspekte eine Rolle spielen und als Kriterium herangezogen werden, z. B. die Zahl der aufgetretenen Schadenfälle.

KAbg. Ganzauer stimmt KAbg. Bosse zu. Er fragt, ob es Überlegungen gebe, dass von einer Samtgemeinde nicht abgerufene Mittel für Maßnahmen in einer anderen Samtgemeinde eingesetzt werden könnten.

Dezernent Volkers erwidert, dass bisher noch keine diesbezüglichen Überlegungen angestellt worden seien, da es derzeit zunächst um die Abstimmung eines Gesamtdeckels und Verteilungsschlüssels für die Landkreisförderung gehe. Grundsätzlich halte er eine solche Vorgehensweise aber für sinnvoll und grundsätzlich möglich.

Auf Nachfrage von KAbg. Dr. Füchtjohann, ob eine von ihm als Beispiel angesprochene geplante Renaturierungsmaßnahme aus dem Bereich der Samtgemeinde Sickte nach diesem Programm förderfähig wäre, bestätigt Dezernent Volkers, dass eine Förderung hiernach grundsätzlich erfolgen könnte, sofern nachgewiesen werde, dass die Maßnahme dem Hochwasserschutz diene. Entsprechende Kriterien für die Förderfähigkeit müssten aber noch festgelegt werden. Er ergänzt, dass bisher für in der Vergangenheit durchgeführte Maßnahmen keine Eigenanteile seitens der Kommunen zu leisten gewesen waren, da die vom Land Niedersachsen erfolgte Förderung in Höhe von 80 % jeweils vom Landkreis Wolfenbüttel entsprechend auf 100 % aufgestockt worden sei. Aus diesem Grund sei man jetzt bei der Entwicklung des Verteilungsschlüssels nicht von dieser Vorgehensweise abgewichen.

In diesem Zusammenhang merkt KAbg. Polzin an, dass aufgrund der Zeitspanne zwischen Bewilligung von Förderbeträgen und der Ausführung der Maßnahme durch steigende Baukosten ggf. doch Eigenanteile der Kommunen zu leisten seien.

In der sich anschließenden Diskussion sprechen sich die Ausschussmitglieder dafür aus, dass die Verwaltung auf Grundlage dieser Vorlage eine Förderrichtlinie erarbeiten solle. Diese solle im nächsten Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung beraten werden.

Landrätin Steinbrügge bittet die Fraktionen, etwaige Vorgaben bzw. Anregungen bezüglich der zu erstellenden Förderrichtlinie der Verwaltung über den Kreisausschuss zukommen zu lassen.

Dezernent Volkers bittet bei der Überlegung von weiteren Kriterien für den Verteilungsschlüssel daran zu denken, dass die Erhebung der erforderlichen Basisdaten auch relativ einfach machbar sein sollte.

Ohne eine weitere Aussprache erfolgt nachstehende

Kenntnisnahme

Die Vorlage XVIII.-0699/2021 wird zur Kenntnis genommen.

TOP 9 Rückholung des Atommülls aus der Schachanlage Asse II; hier: Bericht der Verwaltung

Vorsitzender Löhr ruft den Tagesordnungspunkt auf und übergibt das Wort an Landrätin Steinbrügge.

Landrätin Steinbrügge berichtet, dass die Asse 2 Begleitgruppe, das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz (NMU) und das Bundesamt für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) vereinbart hätten, dass die Standortauswahl für ein assenahes Zwischenlager noch einmal überprüft werden solle.

Inzwischen sei die Fragestellung dieses „Beleuchtungsauftrages“ konkretisiert worden, und man habe sich darauf verständigt, dass diese Beleuchtung von unabhängigen Expertinnen und Experten durchgeführt werden solle.

Aktuell sei man in der Abstimmung über die zu berufene Expertengruppe. Sie gehe davon aus, dass diese Frage in Kürze geklärt sein werde und dass die Beauftragung der Expertinnen und Experten im Mai 2021 erfolgen könne. Die Kosten übernehme das BMU.

Diese Expertengruppe werde die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), die Arbeitsgruppe Optionen – Rückholung (AGO) sowie weitere mit dem Assethema vertraute Personen hinzuziehen, um bisherige Untersuchungsergebnisse zu sichten und auszuwerten. Die zentrale Fragestellung laute: „War die von der BGE getroffene Standortauswahl mit ausschließlich assenahen Standorten sachgerecht?“ Im Rahmen dieser Untersuchung solle geklärt werden, ob etwas bei der Entscheidungsfindung vergessen bzw. entscheidende Kriterien nicht berücksichtigt worden seien und ob aus heutiger Sicht weitere Kriterien mit hinzugezogen werden sollten.

Moderiert und koordiniert werde der Prozess vom NMU. Weitere Beteiligte seien das BMU und die Mitglieder der Asse 2 Begleitgruppe. Diese Projektgruppe begleite den Prozess. Angestrebt werde die Vorstellung der Ergebnisse für Mitte bis Ende August 2021.

Vorsitzender Löhr bedankt sich bei Landrätin Steinbrügge und schließt den Tagesordnungspunkt.

TOP 10 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Dezernent Volkers.

Dezernent Volkers informiert anhand einer Karte über das Ergebnis der Trassenfestlegung des SuedLinks, einer der Korridore zum Bau von Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Leitungen im Rahmen des Netzwerksplans der Bundesrepublik Deutschland. Er erläutert, dass die Trasse nicht durch den Bereich des Landkreises Wolfenbüttel verlaufen werde.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Karte ist als **Anlage 3** beigelegt.

Da keine weiteren Themen mehr bestehen, schließt Vorsitzender Löhr den Tagesordnungspunkt.

TOP 11 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18, 5i GO)

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt und bittet um Wortmeldungen. Es werden keine Fragen gestellt.

Um 20:12 Uhr schließt Vorsitzender Löhr mit Dank für die gute Zusammenarbeit die Sitzung.

Susanne Maier
(Protokollführerin)

Sven Volkers
(Dezernent)

Norbert Löhr
(Vorsitzender)